

**Jan Foitzik (ed.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente [Soviet Commandants' Headquarters and German Administration in the Soviet Occupation Zone and the Early GDR], Berlin e.a., de Gruyter Oldenbourg, 2015. 632 pp. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. 19). – ISBN 978-3-11037-716-3.**

**Werner Müller**  
*Universität Rostock*  
*Deutschland*

Im Jahre 2012 hatte Jan Foitzik eine breite und innovative Dokumentation zur sowjetischen Deutschlandpolitik vorgelegt.<sup>1</sup> Immerhin konkurrierten bei dieser Politik militärische, geheimdienstliche, (vor allem auf Reparationen ausgerichtete) wirtschaftliche und nicht zuletzt politisch-ideologische Interessen miteinander, was viele Reibungsverluste produzierte. Der Folgeband, der sich auf die Kommandanturen und die Verwaltungen konzentriert, behandelt nur auf den ersten Blick die konkrete Politik „vor Ort“, aber darüber hinaus auch Grundsätzliches zur Sowjetisierung Ostdeutschlands. Zwei umfangreiche Einleitungen von Nikita W. Petrow und Jan Foitzik, die zusammengenommen selbst schon eine kleine Monographie darstellen, bündeln die Probleme und erarbeiten für die Dokumente eine Art „roten Faden“.

Petrows einleitende Untersuchung zeigt, wie anfänglich klare Konzeptionen für den Wiederaufbau deutscher Verwaltungen fehlten. Für das ab Herbst 1944 von der Roten Armee besetzte Ostpreußen wurden nicht einmal Versuche gemacht, Zivilverwaltungen einzusetzen. Stalin betrachtete das Gebiet als „Kriegsbeute“, erst im April 1945 gab es einen Beschluss zur Unterstützung für den Aufbau von Zivilverwaltungen, wobei die Instanzen des Volkskommissars für Äußeres und die des NKWD schnell miteinander in Konkurrenz gerieten. Im Juni hatte sich das NKWD als Kontrolleur der neuen Verwaltungen durchgesetzt, erst allmählich kam es zu einer Festlegung der unterschiedlichen Kompetenzen der SMA-Dienststellen. 1947 und 1948 wurden Anleitung und Kontrolle unter deutschen Verwaltungen mehr und mehr den Informationsabteilungen der SMA übertragen. Die Kontrolle der Polizei und der Staatsanwaltschaften verblieb den sowjetischen Sicherheitsbehörden, die bei Verhaftungen nach und nach deutsche Kriminalpolizisten hinzuzogen. Übergriffe von Militärs gegenüber Zivilpersonen und Entnahmen von Eigentum blieben ein Dauerthema.

Von besonderem Gewicht für die Besatzungsmacht waren Aufbau und Kontrolle der Polizei. Früh wurden „umgeschulte“ ehemalige Kriegsgefangene als wichtiges Personalreservoir angesehen. Im August 1948 wurde dies auf spektakuläre Weise sichtbar, als mehrere Generale, die früher Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ waren, abgezogen und nach Deutschland repatriert wurden. Sie hatten eine Doppelaufgabe: den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und geheimdienstlicher Strukturen zu unterstützen und zugleich propagandistisch nach Westdeutschland zu wirken. Der neue „nationale“ Kurs in der SED und der sowjetischen Deutschlandpolitik kündigte sich an.

Insgesamt sieht Petrow eine „Sowjetisierung im Zickzackkurs“. Ein früher Kurs auf eine „sozialistische“ Umgestaltung hätte die Vereinbarungen mit den Westalliierten verletzt. Aber

---

<sup>1</sup> Jan Foitzik (Hg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente, München, Oldenbourg, 2012. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. 18).

die einseitigen Wirtschaftsreformen in der SBZ 1945 führten „unausweichlich dazu, dass eine zukünftige Vereinigung der Besatzungszonen unmöglich gemacht wurde.“ (S. 85) In der Tat erscheint der Kurs auf eine Sowjetisierung doch geradliniger, wenn man über die Wirtschaft hinaus die zuvor untersuchten Felder der Kontrolle der Verwaltungen, der Begünstigung des Machtanspruchs der SED, der Kontrolle der Polizei und das der geheimdienstlichen Durchdringungen des Lebens einbezieht. Immerhin nahm Stalin selbst das Bild vom „Zickzack mit Umgehungsmanövern“ auf dem Weg zum Sozialismus auf, als er im Dezember 1948 seine Zustimmung zur DDR-Gründung erteilte.

Foitziks detailreiche Einleitung rekonstruiert den Aufbau der Besatzungsverwaltung seit April 1945. Mit der Gründung der Informationsverwaltung der SMAD 1947 entstand eine Verwaltungsinstanz, die sich direkt um die deutschen Selbstverwaltungsorgane kümmerte. Im November folgte das offizielle Verbot für ihre Angehörigen, direkt mit deutschen Stellen in Kontakt zu treten. Die Einflussnahme sollte nun indirekt erfolgen, über Parteien, Redaktionen und Formulierungshilfen. 1948 wurde verfügt, dass Nomenklaturpositionen in Städten und Kreisen von den jeweiligen Kreiskommandanten zu bestätigen waren; für die übergeordneten Instanzen galt Analoges. Die Personalpolitik der deutschen Verwaltungen unterlag also direkter sowjetischer Kontrolle. Erst mit Gründung der DDR und der Sowjetischen Kontrollkommission gingen nominell die Kompetenzen auf deutsche Stellen über. Es wurde allerdings der „Dirigismus“ nicht abgeschafft, sondern man „modifizierte nur die Einfluss- und Arbeitsmethoden.“ Dies wurde im Frühjahr 1952 noch stärker zurückgenommen und nach dem Volksaufstand vom Juni 1953 wurde die Kontrolle noch einmal verstärkt.

Einher damit ging die Tätigkeit der Überwachungsbehörden. Foitzik verweist darauf, dass die Volkspolizei in der „Obhut der sowjetischen Staatssicherheit“ noch 1955 doppelt so viele „Staatsverbrechen“ bearbeitete wie das MfS (S. 114). Auch bezweifelt er die Angaben in der westlichen Literatur, das MfS sei 1958/59 aus sowjetischer „Oberhoheit“ entlassen worden. Zuvor hatte es das MfS allerdings 1955 vermocht, die politischen Verfahren aus der Zuständigkeit der Volkspolizei an sich zu ziehen. Damit einher ging eine exzessive Post- und Nachrichtenkontrolle. Sie behinderte naturgemäß den Arbeitsablauf in und zwischen den Behörden. Auch die öffentliche Meinung war von dieser Form von Sicherheitsparanoia geprägt. Der Vorwurf „antisowjetischer“ Einstellungen konnte letztlich jeden treffen – die Abschreckungs- und Einschüchterungsstrategie funktionierte die „langen fünfziger Jahre“ hindurch.

Anschließend analysiert Foitzik die „Alltagsfragen“ der Besatzungspolitik, wie den territorialen Aufbau und die Neugliederung, wobei er auf die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze durch den Ministerrat der UdSSR vom 20. Februar 1945 verweist. Dieser Beschluss ist selbstverständlich auch im Dokumentenanhang vollständig wiedergegeben. Den Neugliederungen folgten vielfach Zufälligkeiten, so dass gewachsene wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen unterbrochen wurden. Ein Aspekt des sowjetischen Interesses wird besonders hervorgehoben: „Bis zum Herbst 1945 stand das Land unter „sicherheitspolitischer Quarantäne“. Millionen deutscher Flüchtlinge und heimkehrender ehemaliger Zwangsarbeiter, unzählige Waffen und anderes machten die Straßen und Orte unsicher.

Das Beispiel der Finanzverwaltung kennzeichnet den Weg von den desolaten Verhältnissen 1945 zu einer zentralistischen Finanzverfassung 1949, in der der Kommunen und Länder finanziell „entmachtet“ wurden und über den Weg der „Deutschen Wirtschaft-Kommission“ (DWK) ab dem Sommer 1947 eine quasi-zentralstaatliche Finanzverwaltung eingeführt

wurde. Anfang der fünfziger Jahre sollte nach dem Vorbild der Sowjetunion das Prinzip der „doppelten Unterstellung“ eingeführt werden: Selbstverwaltungsorgane auf kommunaler und Kreisebene sollten zugleich unter Leitung der Landes- bzw. Bezirksverwaltungen wirken, was die gewählten Parlamente häufig zur Untätigkeit verdammt. Aber auch die SED war nicht von Weisungen der Besatzungsmacht ausgenommen. Nach Gründung der DDR griff die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland (SKK) massiv in die inneren Belange der DDR ein. So wies ihr Chef Tschuikow eine „Änderung der Staatsstruktur der DDR“ an, mithin also die Bildung der Bezirke. Zuvor hatte derselbe im April 1952 die Ernennung von Willi Stoph zum Innenminister der DDR verfügt.

Die Einleitung schließt mit einem instruktiven Kapitel zur Personalentwicklung. Eine Aufblähung der Verwaltungen setzte ab 1947 ein, mit der territorialen Neugliederung 1952 vervielfachte sich der „Kaderbedarf“, zugleich schied durch die „Säuberungen“ eine beachtliche Anzahl von Funktionären aus Partei, Massenorganisationen, Staat und Wirtschaft aus. Der nun etablierte „demokratische Zentralismus“, so Foitzik, blieb eine „Dauerbaustelle“ (S. 254).

Den Einleitungen folgt eine knapp 50-seitige Aufstellung der Kommandanten und Kommandanturen, die die Kreisebene bis 1949 erfasst, sowie die amtlichen Verzeichnisse der Kommandanturen vom Februar 1947 und November 1949. Eine rund 80-seitige „Geschichte der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig“ aus dem Jahre 1948, von sowjetischen Autoren erstellt, gewährt einen interessanten Einblick in die von der Sowjetunion geprägte Realität in diesem Kreis.

Die folgenden 82 Dokumente erschließen zunächst die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze durch das Staatliche Komitee für Verteidigung der UdSSR vom 20. Februar 1945, einschließlich der künftigen Zugehörigkeit des Gebiets um Königsberg zur Sowjetunion und die Übertragung der Verwaltung an polnische Behörden im März 1945. Im April forderte das Hauptquartier der Roten Armee ein humaneres Verhältnis zur deutschen Zivilbevölkerung und deutschen Kriegsgefangenen. Im Mai 1945 erging eine Weisung zur Bildung örtlicher Verwaltungen.

Das Gros der Dokumente betrifft die Tätigkeit der SMA-Dienststellen auf zentraler und Landesebene, daneben auch Richtlinien der DWK, des Zentralsekretariats der SED, ab November 1949 auch der Regierung der DDR. Insgesamt: Die Publikation stellt einen wesentlichen Beitrag zur sowjetischen Politik in der SBZ/DDR dar.